Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20
Insertions-Gebühr für den Raum einer viertheiligen Petitzeile 1¼ Sgr

Breslauer Zeitung

№ 61. Montag den 1. März 1852.

Telegraphische Nachrichten.

Triest, 28. Februar. Se. Maj. der Kaiser ist heute auf dem Dampfer Lucia 5 Uhr Morgens nach Venedig abgereist.

Turin, 25. Febr. Der Senat hat das Preßgesetz angenommen.

Rom, 23. Febr. Kürzlich wurden hier 15 einpfündige Granaten mit Beschlag belegt, welche für eine Explosion am Corso bestimmt waren. Während der dadurch bewirkten Bestürzung sollten mehrere Personen, namentlich Oberst Nardoni ermordet werden. Im Hause eines gewissen Jacopini wurden ebenfalls mehrere Granaten und Dolche aufgegriffen; selber hatte sich schon bei der Affaire mit der hölzernen Kanone bei der porta nuova und in Travestere betheiliget. Zwei Theilnehmer an diesem Pulverkomplott Namens Bizarri und Fazzi aus Bologna sind verhaftet.

Preußen.

Berlin, 28. Febr. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht, dem herzoglich nassauischen Kammerherrn, Lieutenant a. D. und Polizei-Distrikts-Kommissarius, Freiherrn v. Bock zu Lenkau, Kreis Kosel, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; die Ober-Zoll-Inspektoren Hitzigrath in Stallupönen und Elmering in Stolpmünde zu Steuer-Räthen; so wie den seitherigen Landraths-Amts-Verweser Gutsbesitzer von Gottberg zum Landrathe zu ernennen.

[Militär-Wochenblatt.] Sr. Majestät dem Könige von Hannover das 3. Huf. Regt. verliehen. Wolff v. Gudenberg, Pr. Lt. vom Gardeschützen-Bat., unter Beförderung zum Hauptm. u. Komp. Chef, zum 5. Jäger-Bat. v. Graevenitz, Sec. Lt. vom 6., zum 5. Jäger-Bat. versetzt. v. Stegmann et Stein, P. Fähnr. vom 6. Jäger-Bat., zum überz Sec. Lt. befördert. Gr. v. Finkenstein, Gen. Major a. D., zum Mitgliede der Gen.-Ordenskommission ernannt. Prinz Woldemar zu Lippe-Detmold, Pr. Lt. à la suite des Garde-Drag. Regts., zum Rittmeister befördert. Beczwarzowski, Oberst und Komdr. des 7. Hus. Regts., zum Komdr. der Landgendarmerie, mit gleichzeitiger Führung der 3. Gend. Brig. ernannt. Rothe, Masuch, v. Lewinski, P. Fähnrs. vom 7. Inf. Regt., zu Sec. Lts., letztere beide als überzähl., befördert. v. Hanstein, P. Fähnr. von dems. Regt., unter Beförderung zum überzähl. Sec. Lt., zum 32. Inf. Regt. versetzt. Fischer, P. Fähnr. vom 18. Inf. Regt., zum Sec. Lt. v. Kreckwitz, v. Johnston, P. Fähnrs. vom 6. Inf. Regt., zu überzähl. Sec. Lts. Koehler, v. Wissel, v. Lindeier, P. Fähnrs. vom 11. Inf. Regt., Kreckel, v. Luckowitz, P. Fähnrs. vom 10. Inf. Regt., zu Sec. Lts., v. Manstein, P. Fähnr. vom 4. Hus. Regt., unter Versetzung zum 11. Inf. Regt., zum überzähl. Sec. Lt., Bobrzyk, Schlegel, v. Lilienhoff, P. Fähnrs. vom 22. Inf. Regt., zu überzähl. Sec. Lts., Warman, Sabinski, v. Lieres, v. Bockelberg, P. Fähnrs. vom 23. Inf. Regt., zu Sec. Lts., letztere 3 als überzähl., befördert. v. Broen, Hauptm. vom 14. Inf. Regt., zum Major befördert. Fürst Radziwill, Gen. Lt. u. Komdr. der 6. Division, zum interim. kommandirenden General des 4. Armeekorps ernannt. v. Thümen, Gen. Lt., in seiner Eigenschaft als Divis. Komdr. von der 11. zur 6. Divis. versetzt. v. Koch, Gen. Major u. Komdr. der 8. Inf. Brig., zum Komdr. der 11. Divis., v. Gayl, Gen. Major und Kommandant rc. von Luxemburg, zum Komdr. der 16. Divis., Kaiser, Gen. Major und Komdr. der 15. Ldw. Brig., zum Kommandanten von Luxemburg und Führer der Brigade dieser Bundesfestung, v. Schöler, Oberst u. Komdr. des 38. Inf. Regts., zum Komdr. der 8. Inf. Brig., unter Beibehalt seines Verhältnisses als Flügel-Adjut., v. Könneritz, Oberst u. Komdr. des 5. Inf. Reg., zum Komdr. der 15. Ldw. Brig., Gr. v. Monts, Oberst-Lt. vom 11. Inf. Reg., zum Komdr. des 38. Inf. Reg., Bar. v. Koschkull, Oberst-Lt. vom 40. Inf. Reg. zum Komdr. des 5. Inf. Regts. ernannt. — Bei der Landwehr. v. Winckler, Pr. Lt. vom 3. Bat. 6. Reg., unter Versetzung à la suite des 5. komb. Res. Bats., zum Führer der Strafsektion in Glogau ernannt. Knothe, Sec. Lt. vom 2. Bat. 22., ins 1. Bat. 6. Reg. einrangirt. v. Eickstedt, Sec. Lt. (m. Pr. Lts. Char.) vom 1. Bat. 7. Regts., zum Pr. Lt. befördert. Gr. zu Stolberg-Wernigrode, Rittm. und Esk.-Führer von demselben Bat., zum 2. Bat. 7. Reg. versetzt. Jannal, Major a. D., zuletzt Hauptm. im 22. Inf. Reg., zum Führer des 2. Aufgebots vom 2. Bat. 11. Ldw. Regts., v. Lieres u. Wilkau, Pr. Lt. von der Kav. des 3. Bat. 10. Reg., zum interim. Esk.-Führer ernannt. Lange, Pr. Lt. von der Kav. des 2. Bat., ins 1. Bat. 22. Reg. einrangirt. Weniger, Sek. Lt. von der Kav. des 3. Bat. 22. Reg., zum Pr. Lt. befördert. Schubert, Sec. Lt. v. 2. Bat. 1. Regts., ins Ldw. Bat. 33. Inf. Regts., Gisevius, Sec. Lt. von letzterem Bat., ins Ldw. Bat. 34. Inf. Regts. einrangirt. Rohde I., Pr. Lt. vom Ldw. Bat. 33. Inf. Regts., zum Haupt. befördert. v. Beyer, Sec. Lt. vom 1. Bat. 23. ins 1. Bat. 5. Regts. Frhr. v. Schlotheim, Pr. Lt. vom 3. Bat. 18. Regts. ins 1. Bat. 2. Regts. einrangirt. Schreiner, Sec. Lt. a. D., zuletzt im 19. Inf. Regt., ins 2. Bat. 14. Regts. — v. Hedemann, interim kommandirender General des IV. Armee-Korps, als General der Kavall. mit Pension der Abschied bewilligt. v. Roehl, Sec. Lt. vom 6. Artill. Regt., der Abschied bewilligt. du Trossel, Oberst u. Komdr. der Landgendarmerie, als Gen. Major mit Pension, der Abschied bewilligt. Frhr. v. Rothkirch-Trach, Sec. Lt. vom 4. Dragoner-Regiment, scheidet aus. v. Dorville, Oberst zur Disposition, zuletzt Oberst-Lieut., aggr. dem 1. Ulanen-Regt., Fichtner, Oberst-Lieut. zur Disp., zuletzt Major aggr. dem 7. Inf.-Regt., diesem mit der Armee-Uniform mit den vorschriftsm. Abz. f. V., Schmidt, Major zur Disp., zuletzt aggr. dem 2. Husaren-Regt., v. Froreich, Major zur Disp., zuletzt Hauptmann im 7. Inf.-Regiment, diesem mit der Armee-Uniform mit den vorschriftsm. Abz. f. V., sämmtlich mit Beibehalt ihrer bisherigen Pension, in den Ruhestand versetzt. Müchels, Hauptm. zur Disp., zuletzt aggr. dem 6. Inf.-Regt., mit seiner bisherigen Pension in den Ruhestand versetzt. v. Tschirschky u. Bögendorf, Pr.-Lieut. vom 1. Kür.-Regt., als Rittm. mit der Regts.-Uniform mit den vorschr. Abz. f. V. Aussicht auf Civilversorgung und Pension, der Abschied bewilligt. Baron v. Linstow, Oberst-Lieut. zur Disp., zuletzt Major im 10. Inf.-Regt., v. Normann, Oberst-Lieut. zur Disp., zuletzt Major und Chef der chem. 4. Divisions-Garnisons-Komp., v. Rynarczewski, Major zur Dispos., zuletzt Hauptmann und Chef der ehemal. 25. Inf.-Regts.-Garnis.-Komp., letztere beide mit der Armee-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., alle 3 mit ihrer bisher. Pension in den Ruhestand versetzt. v. Casimir, Hauptm. zur Disp., zuletzt Chef der ehemal. 22. Inf.-Regts.-Garnis.-Kompagnie, mit seiner bisher. Pension, Baron v. Seydlitz und Gohlau, vom 22. Inf.-Regts. ausgesch. Sek.-Lieut., Behufs Auswanderung, Albrecht, Major zur Disp., zuletzt Hauptm. im 38. Inf.-Regt., diesem mit der Armee-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., mit Aussicht auf Civilversorg. und seiner bisher. Pension, der Abschied bewilligt. Passarge, Hauptm. vom 5. Inf.-Regt., mit Pension der Abschied ertheilt. v. Jwonski, inakt. Major, zuletzt Hauptmann aggr. dem 5. Inf.-Regt., mit seinem bisherigen Inakt.-Gehalt als Pension, der Abschied bewilligt. Graf v. Rödern, Oberst-Lieut. zur Disp., zuletzt Major und Kommandeur des 3. Bats. 10. Regts., mit der Uniform des 7. Infanterie-Regiments, mit den vorschriftsmäßigen Abzeichnungen für V. und Aussicht auf Civersorg., mit Beibehalt seiner bisher. Pension in den Ruhestand versetzt. Mündel, Pr.-Lt. von den Pion. des 3. Bats. 6. Regts., als Hauptm. mit seiner bisherigen Uniform mit den vorschr. Abz. f. V., Kramsta, Sek.-Lt. von der Kavall. des 1. Bats. 7. Regiments, mit der Regts.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., der Abschied bewilligt. v. Pastau, Oberst.-Lieut. zur Disp., unter Entbindung von dem Verhältniß als Führer des 2. Aufg. vom 1. Bat. 19. Regts., mit seiner bish. Pension in den Ruhestand versetzt. Siemon, Sek.-Lt. vom 1. Bat. 18. Regts., Reimnitz, Hauptm. vom 1. Bat. 19. Regts., diesem mit der Regts.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., Frey, Sek.-Lt. vom 1. Bat. 10. Regts., Kern, Pr.-Lieut. von der Kavall. des 2. Bats. 11. Regts., diesem als Rittm. mit der Regts.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., Feuerstak, Schmidt, Hoermann, Hauptleute vom 3. Bat. 11. Regts., letzterem mit der Regts.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., v. Scheliha, Hauptm. vom Ldw. Bat. 38. Infant-Regiments, der Abschied bewilligt. v. Düring, Major zur Disp., zuletzt Kommandeur des 2. Bataillons 2. Regiments mit der Uniform des 2. Infanterie-Regiments mit den vorschriftsmäßigen Abz. f. V. u. seiner bisherigen. Pension, in den Ruhestand versetzt. Schumann, Militär-Intendanturrath vom 7. zum 5. Armee-Corps versetzt. v. Mauschwitz, bish. Appell.-Ger.-Auskultator, für die höhere Militär-Intendantur-Karriere bei der Intendantur des 6. Armee-Corps zugelassen. Großmann, Sekretariats-Assistent von der Intendantur des 6. Armee-Corps, zum überzähligen Intendantur-Sekretär ernannt.

Kammer-Verhandlungen.

Erste Kammer. Sitzung vom 28. Februar.

Vorsitzender: Graf v. Rittberg. Am Ministertische: v. Westphalen, als Reg.-Kommiss.: v. Klützow, v. Raumer.

In der nochmaligen Abstimmung wird der gestern angenommene Verbesserungs-Antrag des Abg. v. Witzleben zum § 52 der Städte-Ordnung wiederum angenommen. Die Kammer geht darauf in der Diskussion derselben weiter vor und zwar zunächst zu dem Art. 8, betreffend besondere Einrichtungen für Städte, welche nicht mehr als 2500 Einwohner haben, derselbe wird angenommen. Der Art. 10, welcher von der Beaufsichtigung der Gemeinde-Verwaltung Seitens der Regierungen und Landräthe handelt, erregt eine längere Diskussion. Freih. v. Vincke erklärt sich gegen denselben; Kühne erklärt das vorliegende Gesetz für nicht freimüthig, es sagt nicht, was es thun will. Der Minister des Innern: die Regierung hält die Kreis-Ausschüsse und Bezirksräthe für nicht zulässig, deshalb hat sie auch derselben nicht erwähnt. v. Witzleben: Als man die Bezirksräthe beschlossen, da sprach dafür das System und der Umstand, daß in Belgien Bezirksräthe existiren; war dieser Beschluß vielleicht ein freier? Graf Itzenplitz erklärt sich gleichfalls für die Unzweckmäßigkeit der Bezirksräthe, sie seien nutzlos und kostspielig. v. Düesberg vertheidigt die betreffenden Bestimmungen der Regierungs-Vorlage. Ein Amendement des Abg. v. Witzleben, welches statt „der Bericht ist an den Landrath zu richten", „der Bericht kann gerichtet werden", wird angenommen, danach der ganze § 75, 76; im § 77 werden die Worte „oder Gemeinde" auf Antrag der Abg. Veit und v. Zander gestrichen. Zum § 83, Tit. 11, betreffend Ausführungs- und Uebergangs-Bestimmungen, reicht der Abg. v. Gerlach einen Verbesserungs-Vorschlag ein, welcher von der Kammer abgelehnt wird; das Gesetz selbst geht darauf in die Kommission zur Redaktion zurück. Die Kammer geht darauf zum Bericht der Gem.-Ord.-Kommission über, betreffend das allgemeine Gesetz wegen der provinziellen Gemeinde-Ordnung, welches die Regierung am 24. Nov. vorgelegt hat; die Kommission empfiehlt die Annahme des gouvernementalen Vorschlages. In der General-Diskussion äußert der Abg. Mathis den Wunsch, die Beschlußnahme über die Frage, ob dem Wege, den die Regierung empfiehlt, beigetreten werden soll oder nicht, auszusetzen, bis die Materie selbst berathen worden ist. Lette erklärt sich derselben Ansicht. Der Minister des Innern tritt derselben gegenüber. v. Bethmann-Hollweg: Wir können, bevor das Gesetz nicht zu unserer vollständigen Kenntniß gekommen, nicht über die vorliegende Frage beschließen; es könnte die Würde der Kammer darunter leiden, oder die Verpflichtung dem Lande gegenüber verletzt werden. Der Antrag des Abg. Mathis wird mit 78 gegen 55 St. verworfen. Lette geht auf eine Charakteristik der verschiedenen Hauptgrundsätze ein und weist nach, daß man die Liebhaberei des Provinziellen zu weit treibe. Es handele sich jedoch in diesem Gesetze nicht um Eigenthümlichkeiten der Provinzen, sondern die Gerechtsame der Gutsbesitzer wiederherzustellen. Der Reg.-Kommiss.: Die Regierung geht von der Ansicht aus, daß das Kommunal-Wesen in Preußen nicht erst zu schaffen, nein daß es vielmehr bereits bestanden und nur zu fördern ist; sie will nicht auf einer tabula rasa bauen. Eben das Verkennen des Grundsatzes der Regierung hat die Vorwürfe gegen ihre Vorlagen hervorgerufen. v. Gerlach widerlegt die Behauptungen des Abg. Lette und empfiehlt die Annahme der Regierungs-Vorlage. Der Minister des Innern: Die Gemeinde-Ordnung hat den gehegten Erwartungen, ein kräftiges Gemeindeleben zu fördern, keineswegs entsprochen, man muß bei dergleichen Institutionen immer berücksichtigen, daß sie zum allgemeinen Besten, nicht um ihrer selbst willen da sind. § 1 wird angenommen. Vertagung auf heut Abend 6 Uhr.

Zweite Kammer. Sitzung vom 28. Februar.

Präsident: Graf Schwerin. Der Handelsminster überreicht einen Gesetzentwurf, betreffend die Erwerbung der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn. — Das Gesetz über die Vereinigung der beiden höchsten Gerichtshöfe kommt zur fortgesetzten Berathung. Beseler beantragt, daß der Justizminister Hilfsarbeiter für das Obertribunal ernennen dürfe, der Regel nach sollen dagegen nur etatsmäßige Mitglieder im Obertribunal sitzen. Krahn beantragt, daß zu zeitweiser Aushilfe oder zu Stellvertretungen der Justizminister Hilfs-

arbeiter ernennen dürfe. — Der Justizminister ist mit der Grundansicht des ersten Antrages einverstanden, erachtet aber einen besonderen Beschluß für unnöthig. Krahn und Reichensperger sprechen sich beide gegen Beseler aus, dessen Amendement ihnen zu beschränkend für die oberste Behörde erscheint; letzterer ist jedoch für Beschränkung auf die zum Eintritt in das Ober-Tribunal befähigten Arbeiter. Geppert für das Amendement Krahn. Beseler verwahrt sich noch gegen das Mißtrauen, welches der Minister in seinem Antrage finden wollte und giebt zu, daß allerdings ein Mißtrauen zum Grunde liegen müsse, wenn man für den obersten Gerichtshof größere Garantien herzustellen beabsichtige und widerlegt die übrigen gegen seinen Antrag gemachten Einwände. Der Krahn'sche Antrag wird eventuell angenommen, fällt aber mit der Ablehnung des Beseler'schen Antrages; die übrigen Paragraphen des Gesetzes werden ohne Debatte genehmigt. — Es folgt der Kommissionsbericht zur Begutachtung der Handelsverträge über den mit der königl. niederländischen Regierung abgeschlossenen Handels- und Schifffahrtsvertrag vom 31. Dezember 1851. Milde und Harkort sprechen im Allgemeinen über den Vertrag, Letzterer macht auf die Zähigkeit der Holländer und deren Handelseifersucht aufmerksam, durch welche wir bisher immer übervortheilt worden wären, und erinnert an die Geschichte des bekannten Jusqu' à la mer. Der Regierungskommissar Philippsborn giebt dies für frühere Zeiten zu, vindizirt aber der jetzigen holländischen Regierung Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit. Wenn der Vertrag auch nur der Anfang von dem Ende alles Mißtrauens werde, so wäre mit ihm schon viel gewonnen. Nach einer kurzen Bemerkung von Harkort ergreift der Ref. v. Patow das Wort, um den Antrag der Kommission auf Genehmigung des Vertrages der Kammer zu empfehlen. Die Annahme erfolgt einstimmig, eben so der Bericht derselben Kommission über die Verordnung wegen Ermäßigung der Rheinzölle vom 21. Juli 1851 ohne Diskussion. Auch der letzte Gegenstand der Tagesordnung: Bericht der Kommission für Finanzen und Zölle über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ueberweisung der in Gemäßheit des Gesetzes vom 7. Dezember 1849 aufzunehmenden Staatsanleihe an die Hauptverwaltung der Staatsschulden, so wie die Tilgung dieser Anleihe, wird nach dem Kommissions-Antrage genehmigt. (Schluß der Sitzung 3¾ Uhr. Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr. Tagesordnung: Petitions- und Budgetberichte.)

---

†† **Berlin,** 27. Februar. [Die Beschwerde des russischen Gesandten. — Zeitungssteuer. — Vermischtes.] Wir erwähnten bereits vor einiger Zeit, daß von Seiten des Kurfürsten von Hessen persönlich in mannigfacher Weise der Wunsch bekundet worden war, sich dem hiesigen Hofe wieder in freundschaftlicherer Weise zu nähern. Als eine Thatsache, die von diesem Standpunkte aus des Interesses nicht entbehrt, darf es wohl angesehen werden, daß derselbe sich formell zu einem Besuche am hiesigen Hoflager hat anmelden lassen. Die Ankunft desselben soll sogar in einer gar nicht mehr fernen Zeit zu gewärtigen sein.

Nicht wenig von sich sprechen macht in der heutigen Tagesgeschichte die sehr entschieden gehaltene Reklamation, welche der russische Gesandte, Baron Budberg, wegen eines Artikels der „Neuen Preuß. Zeitung," bei dem Minister-Präsidenten erhoben hat. Das Sachverhältniß, welches hierbei zu Grunde liegt, ist kurz Folgendes: Am letzten Sonntag war im russichen Gesandtschafts-Hôtel ein Déjeuner dansant. Unmittelbar darauf brachte die Neue Preuß. Zeitung an der Spitze ihres Blattes einen Artikel, in welchem sie auf das Unpassende eines solchen Festes aufmerksam machte, da dasselbe zu einer Zeit gegeben worden sei, zu welcher es den sonstigen Klassen der Gesellschaft polizeilich verboten sei, rauschende Vergnügungen zu veranstalten. Gegen diesen Artikel reklamirte Herr v. Budberg, und man gab dieser Reklamation in der schleunigsten Weise Folge, indem man in der ministeriellen Preuß. Zeitung nicht blos die Taktlosigkeit der Neuen Preuß. Zeitung rügte, sondern auch dem Staatsanwalt zu erwägen gab, inwiefern zu einer gerichtlichen Verfolgung dieses Artikels hinreichender Grund vorhanden sei. Je weniger nun aber Jemand daran glaubt, daß eine gerichtliche Verfolgung in diesem Falle wirklich Platz greifen könne, um so mehr bespricht man aber die Bereitwilligkeit und die Art und Weise, in welcher man der Beschwerde des Herrn von Budberg Folge gab.

Der Beschluß der breslauer Handelskammer, auch ihrerseits gegen das neue Zeitungsstempelgesetz aufzutreten, verspricht gute Folgen zu haben. Einzelne andere korporative Verbände sind bereits in die Fußtapfen getreten, und gegenwärtig fangen denn nun auch hier die verschiedenen gewerblichen Korporationen an, sich an der Agitation zu betheiligen, nachdem sie begriffen haben, in wie vielfacher Weise eine Vertheuerung der Zeitungen und der Inserate nachtheilig auf den Verkehr zurückzuwirken droht. Es werden in der nächsten Zeit Vorstellungen in diesem Sinne auch von den hiesigen Buchhändlern und der Kaufmannschaft gerichtet werden.

Die Mittheilung des hiesigen Correspondenz-Bureaux, daß man sich innerhalb der Finanz-Kommission bei Berathung des neuen Zeitungs-Stempels neben der sonstigen Zeitungssteuer auch noch für eine besondere Insertionssteuer ausgesprochen habe, ist in dieser Form nicht ganz richtig. Es machte sich vielmehr nur die Ansicht überwiegend geltend, daß der Betrag der aufzubringenden Steuer nicht sowohl durch eine Erhöhung des Zeitungspreises als vielmehr durch die Erhöhung des Preises für Inserate werde aufgebracht werden müssen, es wurden daher auch möglichst genaue Berechnungen darüber angestellt, wie wir bereits jüngst nähere Details anführten, wie viel bei den verschiedenen Blättern dieser letztere Preis würde erhöht werden müssen; und auch in dieser Beziehung stellten sich dann so exorbitante Resultate heraus, daß man sich von der Unausführbarkeit des Regierungs-Entwurfs überzeugte.

Die Verhandlungen wegen des Anschlusses von Braunschweig in seinem ganzen Umfange an den preußisch-hannoverschen September-Vertrag versprechen nun gleichfalls zu einem schnellen Abschluß zu gedeihen. Es ist bekannt, in welcher entschiedenen Weise sich bereits die braunschweigsche Landesversammlung in ihrer Antwortsadresse an den Herzog zu Gunsten dieses Anschlusses ausgesprochen. Auch diese Verhandlungen werden eben so wie die mit Oldenburg in Hannover geführt und es wird vielleicht der geheime Finanzrath Dach, der schon Oldenburg gegenüber als preußischer Kommissarius fungirte, seinen Aufenthalt dort noch einige Zeit verlängern.

Es sind bereits von mehreren Regierungen hier genauere Bezeichnungen derjenigen Personen eingegangen, welche an der im nächsten Monat hier zusammentretenden Zoll-Konferenz participiren sollen. In den bei Weitem meisten Fällen dürften es dieselben Männer sein, die jetzt in Wien tagen.

[Parlamentarisches.] Ueber die vorläufige Verordnung vom 3. Januar 1849, die Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens mit Geschworenen in Untersuchungssachen, hat die Justizkommission der zweiten Kammer noch einen dritten umfangreichen Bericht erstattet. Zugleich legte der Abg. Beseler mit 39 Genossen einen Antrag vor: „Die Kammer wolle beschließen: 1) die Dringlichkeit des Erlasses der Verordnung vom 3. Januar 1849 anzuerkennen und derselben ihre Genehmigung zu ertheilen; II. die Berichte der Justizkommission über die Verordnung vom 3. Januar 1849, und die zu denselben gestellten Abänderungsvorschläge dem königl. Justizministerium zur Benutzung bei künftigen Gesetzesvorlagen zu überweisen. (N. Z.)

Eine große und das Interesse des Publikums ansprechende Diskussion über die Schwurgerichte, steht schon für die nächste Woche in der zweiten Kammer zu erwarten. Ein Antrag auf Beseitignng des ganzen Instituts liegt nicht vor. Die heftigen Gegner, welche dasselbe in den Reihen der rechten Seite hat, sind nach dem Ergebniß der Vorberathung und in Folge der Ueberzeugung, daß sie auf eine Unterstützung der Regierung in dieser Frage nicht zählen dürfen, von einer Motion in dieser Richtung abgegangen. Dagegen wird, dem Vernehmen nach durch Professor Keller ein das Institut der Schwurgerichte, wie es in der Rheinprovinz seit beinahe einem halben Jahrhundert, und in Preußen seit etwa drei Jahren besteht, wesentlich umgestaltender Vorschlag eingebracht werden. Der Vorschlag oder vielmehr das System von Vorschlägen, welches von dieser Seite eingebracht werden soll, beabsichtigt namentlich, den Vorsitzenden des Schwurgerichts mit einer diskretionären Gewalt zu bekleiden, die ihn unabhängig macht von den beisitzenden Richtern, und diesen den Einfluß auf die Leitung der Verhandlungen entzieht. Die Schwurgerichte sollen hierdurch der rheinisch-französischen Form entkleidet, und der englischen Formation näher gebracht werden. In Folge dieser Absicht soll dann auch an das Verdikt der Geschworenen das Erforderniß der Einstimmigkeit gestellt werden. (C. B.)

Dem Vernehmen nach werden in der ersten Kammer die Anträge wegen deren Neubildung am Montage Gegenstand der Berathung sein. Von einer diesen Gegenstand betreffenden königl. Botschaft verlautet nichts mehr. (Schw. A.)

Berlin, 28. Febr. [Zur Tages-Chronik.] Dem Vernehmen nach wird der regierende Herzog von Koburg-Gotha noch in diesem Winter unserm Hofe einen Besuch abstatten.

Kammerherr v. Bjelcke, bisheriger dänischer Geschäftsträger in London, ist von seinem Könige bekanntlich zum Gesandten am hiesigen Hofe ernannt worden. Derselbe wird bereits in wenigen Tagen hier eintreffen.

Es ist mitgetheilt worden, daß von mehreren Konsistorien, namentlich auch dem der Provinz Brandenburg, mittelst besondern Reskripts den Geistlichen resp. Schullehrern so weit als möglich eine Ueberwachung der Minorennen empfohlen worden ist. Vorzugsweise ist ein Influiren bei der Wahl des Vormundes, der Erziehung im Allgemeinen und der Bestimmung für den künftigen Beruf im Besondern als wünschenswerth bezeichnet worden. — Eine größere Ueberwachung der Minorennen erscheint namentlich in großen Städten, wo der Zusammenhang zwischen dem Vormunde und den Bevormundeten leider oft nur ein sehr loser ist, als dringend nothwendig und wenn in dieser Hinsicht die Konsistorialerlasse sehr dankenswerthe sind, so ist doch voraussichtlich ihre direkte Wirkung gerade in großen Städten nur eine geringe. Sie werden aber Veranlassung zu einer besondern Berücksichtigung dieser wichtigen Angelegenheit nach allen Seiten und sind bereits Vorschläge zu bestimmteren Anordnungen in dieser Beziehung von mehreren Seiten vorbereitet.

Der Erzbischof Tutongi von Tripolis ist, wie der katholische „Kirchen-Anzeiger" meldet, auch von dem Prinzen und der Prinzeß von Preußen empfangen worden. Der König hat zu der Sammlung, welche der Erzbischof für die bedrängten Christen in Syrien hier veranstaltet, 200 Thaler zahlen lassen. Auch sonst findet der ausgezeichnete Fremde hier in den höchsten Kreisen lebhafte Theilnahme für den Zweck seiner Reise.

Der Fürst Nikolai Gagarin aus Petersburg ist hier eingetroffen. — Von London ist ein jüngerer Diplomat, Lord Perceval Grey, hier angekommen, der auch der hiesigen englischen Gesandtschaft Depeschen überbracht haben soll. (C. B.)

Se. Maj. der König und Ihre Majestät die Königin werden, wie schon vorgestern gemeldet, heute nach eingenommenem Diner Höchstihre Residenz nach Charlottenburg verlegen.

Ihre Durchlaucht die Frau Herzogin von Sagan-Talleyrand und Perigord, ist nach Sagan von hier abgereist.

Der Minister-Präsident Freiherr v. Manteuffel wohnte heute Vormittag 10 Uhr einer Sitzung des Haupt-Bank-Direktoriums bei.

Der kaiserl. russische wirkliche geheime Rath und Geschäftsträger am großherzogl. badischen Hofe, v. Oseroff, ist nach Karlsruhe, und der Fürst Gagarin, kaiserl. russischer Offizier, ist nach Warschau von hier abgereist.

Der wallachische Justizminister und Staatssekretär v. Mano aus Bucharest ist von Paris hier angekommen. (N. Pr. Z.)

Magdeburg, 27. Febr. [Der Durchmarsch der österreichischen Truppen] dauert fort. Gestern kam General Legeditsch hier durch. Der vergangene Nacht um 2½ Uhr fällige Zug von Leipzig kam erst heute Morgen um 5 Uhr hier an. Die Ursache dieser Verzögerung lag nicht in einem Unfalle, sondern in der Ueberladung des Zuges mit einer großen Zahl von Auswanderern aus dem Süden Deutschlands, deren Placirung und Gepäckexpedition längeren Aufenthalt nöthig gemacht hatte. Die Auswanderer gingen sofort auf der hamburger Bahn weiter.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 25. Februar. [Neues Provisorium.] Es werden gegenwärtig Unterhandlungen in Bezug auf die Nordseeflotte gepflogen, welche dem Vernehmen nach eine Uebereinkunft über ein neues Provisorium herbeizuführen bezwecken. Die Erklärung Baierns und mehrerer anderer Binnenstaaten, daß sie ihre Theilnahme an einem Flottenvereine von einer vorherigen Entscheidung der schwebenden handelspolitischen Fragen abhängig machen müßten, hat zunächst Veranlassung zu dieser neuen Wendung gegeben. Es mußte zugegeben werden, daß die in diesem Betreffe geltend gemachten Gründe in der That eine ernste Beachtung verdienen. Wirklich soll Aussicht dafür vorhanden sein, daß die diesfälligen Vorschläge die Zustimmung aller Bundesstaaten erhalten dürften, mit Ausnahme Dänemarks für Holstein-Lauenburg und der Niederlande für Luxemburg-Limburg, welche sich bekanntlich dahin ausgesprochen haben, daß sie in keiner Weise an einer deutschen Bundesflotte partizipiren würden. Die erwähnten Vorschläge sind, wie verlautet, dahin gerichtet, daß ein provisorischer Fortbestand der vorhandenen Nordseeflotte in der seitherigen Weise, und zwar bis zu dem Zeitpunkte, wo die schwebenden handelspolitischen Fragen erledigt sein würden, beschlossen werde und die Kosten für den Unterhalt des Geschwaders bis zu diesem Zeitpunkte durch Matrikularumlagen, wie sie auf der dresdener Konferenz vereinbart worden waren, gedeckt werden sollen. Bereits haben, wie man versichert, die meisten Staaten, auch Oesterreich, ihre Bereitwilligkeit, einem solchen Interimistikum beizutreten, kundgegeben. Man erwartet um so weniger eine Ablehnung von der einen oder der anderen Seite, da der Aufschub der endlichen Entscheidung in keinem Falle von langer Dauer sein würde. — Vor einigen Tagen ist der bei der schweizerischen Eidgenossenschaft beglaubigte britische Gesandte in Frankfurt eingetroffen. Er hat bereits wiederholte Konferenzen mit dem hier weilenden russischen Gesandten bei der Eidgenossenschaft, Herrn v. Krüdener, gepflogen. (Leipz. Z.)

München, 25. Febr. [Verschiedenes.] König Max beabsichtigt mit der königlichen Familie einen Theil des Nachwinters wie im vorigen Jahre am Comersee zuzubringen. — In Bamberg gab es am 10. Februar bei der Verhaftung von Holzfrevlern einen Tumult, wobei auf das Forstpersonal und die demselben beigegebenen zwei Soldaten unter heftigen Drohungen mit Steinen geworfen und auch ein Gefangener befreit wurde. — Aus München vom 25. Februar schreibt man der Allgem. Zeitung: Zu dem heute hier stattgehabten ersten diesjährigen Pferdemarkt hatten sich sowohl Verkäufer als Käufer zahlreich eingefunden, so daß von den 15—1600 Pferden, die zu Markt gebracht wurden, der größte Theil verkauft ward und zwar zu sehr guten Preisen. Unter den Käufern befanden sich Schweizer, Italiener und Franzosen, welche letztern bereits gestern Abend schon mehrfache Käufe abgeschlossen hatten. (Auch die Neue Preußische Zeitung berichtet von preußischen Pferdemärkten, von denen viel Pferde von Franzosen gekauft wurden.)

Kassel, 25. Febr. Bis zum 5. k. Mts. ist der geheime Justizrath Eichelberg, auf Wartegeld gesetztes Mitglied des fuldaer Obergerichts, zur Anhörung seines Urtheils

vor das hiesige Kriegsgericht geladen. Hr. Eichelberg war bekanntlich Mitglied des Generalauditoriats, als dieses gegen den Generallieutenant von Haynau wegen „Vergewaltigung“ die Anklage erhob. (F. J.)

Weimar, 26. Febr. Nachdem in der gestrigen Sitzung des Landtages das neue Wahlgesetz unter den beschlossenen Modifikationen angenommen war, erklärte die Linke ihren Austritt aus dem Landtage. In einer ausführlichen Rede entwikkelte der Abg. Fries die Gründe, welche die Opposition zu diesem Schritte bewogen hätten. Die Zahl der Ausgeschiedenen beträgt 11 und ist also der Landtag beschlußfähig geblieben.

Dresden, 25. Februar. Das bereits angekündigte Gesetz, die Wiedereinführung der bekanntlich im Gesetze vom 9. November 1848 aufgehobenen Stellvertretung in der Armee betreffend, ist heute der ersten Kammer von der Regierung zugegangen. — Die Agitation gegen die Organisationsgesetze hat durch einen vom Hrn. v. Friesen eingebrachten Antrag auf Suspendirung des die Justizreform betreffenden Gesetzes vom 23. November 1848 einen thatsächlichen Ausdruck gefunden.

Braunschweig, 26. Februar. In der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr traf mit dem hannover'schen Bahnzuge der jüngst mehrfach genannte Schneidermeister Ruszak aus Hamburg hier ein, eskortirt von sechs österreichischen Soldaten mit geladenen und gespannten Gewehren und einem mit zwei geladenen Pistolen bewaffneten Offizier. Der Unglückliche verweilte hier bis gegen 2 Uhr und wurde dann mit dem oschersleber Zuge weiter transportirt. (Köln. Z.)

Oldenburg, 26. Febr. [In der heutigen Sitzung des Landtags] waren zwei Schreiben des Staatsministeriums eingegangen, das eine wegen Verwendungen aus gehobenen Ablösungsgeldern, das andere wegen eines mit Belgien abgeschlossenen Vertrages über die Auslieferung von Verbrechern. Auf der Tagesordnung stand die Fortsetzung der Berathung über den Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Lehne, Fideikommisse und Stammgüter. Die Berathung ward heute zu Ende geführt, und der Gesetzentwurf mit wenigen, nicht bedeutenden, größtentheils die Redaktion betreffenden Aenderungen angenommen.

Frankreich.

Paris, 26. Febr. [Beschränkung der Kompetenz der Jury.] Ein heute im „Moniteur“ eingerücktes präsidentschaftliches Dekret entscheidet, daß alle gegenwärtig den Assisenhöfen zugewiesene und in die Dekrete vom 30. Dezember 1851 und 17. Febr. 1852 nicht einbegriffene Vergehen fortan den Zuchtpolizeigerichten überwiesen werden sollen. Die Dekrete vom 30. Dezember und 17. Febr. sind jene, welche bereits der Jury die durch Worte, aufrührerisches Geschrei ꝛc. verübten Vergehen, so wie alle Preß-Vergehen, entzogen haben, um sie zuchtpolizeilich aburtheilen zu lassen. In Folge des heutigen Dekrets wird demnach die Jury in Zukunft über keinerlei Art von Vergehen abzuurtheilen haben. — Der Minister des Innern ist ermächtigt worden, die Arbeit in den Gefängnissen neu zu organisiren; die Verurtheilten sollen zu Arbeiten der Privat-Industrie verwendet werden können. — Die Frist für die Vollendung der Eisenbahn von der belgischen Grenze bis Vireux-sur-Meuse ist bis zum 31. Dezember 1855 verlängert worden.

C. B. [Das Kabinet Derby. — Kaiser-Enthusiasmus.] Wir theilen heut aus einem von einem Gönner uns zur Benutzung überlassenen Briefe aus Paris Einiges mit: „Der Ministerwechsel in England wird, so weit er die internationalen Beziehungen, namentlich die Frankreichs zu Großbritannien anlangt, als ein Systemwechsel nicht angesehen. Man erwartet, obschon man sich mehrfach Mühe gegeben hat, die in England vorherrschenden Ansichten von einem kriegerischen Auftreten Frankreichs zu widerlegen, doch nicht, daß das Derbysche Kabinet die Vertheidigungsmaßregeln fallen lassen werde, welche das abgetretene englische Ministerium einzuleiten sich verpflichtet fühlte. Der Herzog von Wellington gilt in Paris als der Haupturheber derselben und namentlich setzt man auch voraus, daß zwischen dem Herzog und Lord Palmerston eine innere Uebereinstimmung obgewaltet habe, als der Lord durch sein Amendement zu der Milizenbill, den Milizen einen mehr militärischen Charakter habe beigelegt wissen wollen. — Lord Palmerston gilt übrigens seit seiner letzten berühmten Rede als der jedesfallsige zukünftige Premierminister. Man erwartet eine solche Wendnng der parlamentarischen Verhältnisse in England um so mehr, als den Freunden des Grafen Derby die Geschicklichkeit zum Laviren abgesprochen wird. — Diese Wendung aber wird als eine solche angesehen, die leicht den Anstoß zu Interventionen und zu Verwickelungen der ernstesten Art geben würde. — Hieraus mögen Folgerungen für die Urtheile und Schilderungen über die Freundschaft des französischen Gouvernements und Lord Palmerstons gezogen werden.

Persigny ist noch Minister des Innern und die neue Verwaltungsmaschine will noch immer nicht in den rechten Gang kommen. Der von den Zeitungen in Aussicht gestellte Rücktritt Casabiancas ist höchst unwahrscheinlich. Pflichten der Dankbarkeit fesseln den Prinz-Präsidenten eben so sehr an diesen wie an Persigny, dessen Wunsch und dessen Terrain das auswärtige Ministerium bleibt. — Unsere Salons fangen an sich immer mehr nach der Kaiserzeit zu restauriren. Die Uniformen, die Livreen sind gut kaiserlich und man wird es in Deutschland kaum glauben, die Herzen der Franzosen zum guten Theil auch. Der Franzose will immer etwas Positives! Er opfert — und es scheint nicht so ungern als man noch vor wenigen Monaten glauben mochte — seine Freiheitsgedanken, den Hoffnungen auf eine glanz- und ruhmvolle Epoche seiner Geschichte. — Schon die militärischen Vertheidigungs-Anstalten Englands schmeicheln der Eitelkeit der großen Nation. — Die neue Polizei ist in Paris gerade in den vornehmsten Cirkeln sehr thätig. Die Regierung ist von Allem, was vorgeht, überaus gut unterrichtet. In den Departements ist die Organisation noch weniger im Zuge. — Uebrigens gilt de Maupas weit weniger, als der Prinz selbst für die Seele der Polizei, und in der That trägt Louis Napoleon eine besondere Theilnahme für das neue Institut, dem er das Leben gegeben und zu dessen Unterstützung er selbst modern sociale Anschauungen vom Staate ins Feld führt, öffentlich zur Schau.“

Belgien.

Brüssel, 26. Febr. Die Maßregeln, welche die Regierung seit einiger Zeit aus Vorsorge gegen gewisse Kriegseventualitäten trifft, begegnen nicht jener allgemeinen Gutheißung, die im Interesse der Einigkeit und der Sicherung unserer Zukunft so wünschenswerth wäre. Die am 19. Februar erfolgten zahlreichen militärischen Ernennungen und Beförderungen haben im Schooße der Armee selbst einige Unzufriedenheit wachgerufen. Man klagt, daß bei denselben weder das Dienstalter noch die Fähigkeit immer gehörig berücksichtigt wurden, sondern Camaraderie, Patronage und Nepotismus die vorherrschenden Motive bei der Auswahl der Ernannten und Beförderten gewesen seien. Bei der Unzahl der auf einmal erfolgten Ernennungen und Beförderungen war allerdings mancher Mißgriff kaum zu vermeiden. Wie viel aber an jener Klage wahrheitsgemäß, wie viel blos ein Ausfluß beleidigter Eitelkeit und getäuschter Erwartung sei, vermag der Fernerstehende wohl nicht zu entscheiden. Nur das ist Thatsache, daß infolge jener Unzufriedenheit schon eine bedeutende Anzahl von Demissionsgesuchen eingereicht wurden, denen nächster Tage noch mehre folgen sollen. Auch über das befestigte Lager, das vor Antwerpen angelegt wird und zu welchem die Vorarbeiten bereits begonnen, werden aus Antwerpen selbst Klagen erhoben. Die Antwerpener fürchten, daß infolge jener Befestigung ihre Stadt im Falle eines Krieges abermals der eigentliche Schauplatz desselben würde, und daß dadurch nicht nur Antwerpen nenerdings den Kriegsmühsalen vom Jahre 1832 ausgesetzt wäre, sondern daß schon die Voraussicht eines solchen Ereignisses von jetzt an ihrem Welthandel bedeutenden Eintrag thun, resp. die fremden Schiffer aus ihrem Hafen verscheuchen werde. Die klerikale Presse, deren Streben jetzt offen dahin gerichtet ist, die allgemeine Aufmerksamkeit einzuschläfern, jede Vertheidigungsmaßregel zu hintertreiben, um das Land vorkommendenfalls widerstandslos einer fremden Invasion zu überliefern, macht sich mit ihrem gewöhnlichen Eifer zum Dolmetsch jener Befürchtungen, die sie nach Kräften zu steigern und auch in weitere Kreise zu verbreiten sucht. Natürlich kann die Regierung bei einer Maßregel, welche der gesammten Landesvertheidigung gilt, die Privatinteressen und selbst wohlbegründete Befürchtungen und Klagen einzelner Städte nicht berücksichtigen. An die Opposition Antwerpens ist übrigens die Regierung schon zu sehr gewöhnt, als daß sie durch dieselbe bedeutend berührt werden sollte. — Da die noch immer zahlreichen Ausweisungen französischer Flüchtlinge oft auch arme Arbeiter treffen, denen selbst die Mittel zur gezwungenen Reise fehlen, so waren dieselben bisher auf Regierungskosten mittels Eisenbahn nach Ostende und von dort auf belgischen Schiffen bis Dover befördert worden. Auf Verwendung mehrer belgischen Repräsentanten, welche der Regierung vorstellten, daß den armen Exilirten die Reise von Dover nach London ebenso theuer zu stehen komme, als wenn sie direkt von Ostende nach London zu Wasser gingen, wurde beschlossen, die Auszuweisenden künftighin auf englischen Schiffen direkt nach London gehen zu lassen. Der gestern abgegangene Transport ausgewiesener französischer Arbeiter wurde bereits in dieser Weise in die Themsestadt befördert. (D. A. Z.)

Schweiz.

Basel, 24. Febr. Zufällig ist die Antwort des schweizerischen Bundesraths auf die französische Flüchtlingsnote an demselben Tag in Paris abgegeben worden, wo die britischen Zeitungen das Subsidienbegehren Lord John Russels brachten. Die Reihe übertriebener und zum Theil lächerlicher Gerüchte, die durch eine gleichzeitige Courierdepesche aus Brüssel noch vermehrt wurden, ist zuerst von Genfer Blättern berichtet worden. Indessen scheinen dieselben doch einigermaßen gewirkt zu haben, indem jetzt mehr als früher eine friedliche Beilegung des Verhältnisses mit der Schweiz in Aussicht stehen soll. Der Stein des Anstoßes ist nur der, daß, während es sich um den Rückzug der beiderseitigen Schriftstücke handelt, der schweizerische Radikalismus auf Veröffentlichung derselben dringt, wodurch allerdings ein schwer zu beseitigender Stachel zurückbliebe. Das macht die Männer des Erlacherhofs sehr verlegen. Daß die französische Regierung, trotz allem Leugnen des „Bundes“, doch auch über die schweizer Presse, und zwar nicht ohne Erfolg klagte, dafür bietet außer vielen anderen Belegen auch die hiesige „Nationalzeitung“ einen solchen, indem sie einen antibonapartistischen Leitartikel mit der Bemerkung giebt, der Verfasser habe ihr erlaubt zu censiren, „wenn es in Folge höherer Weisung“ nöthig sein sollte, und sie habe auch wirklich censirt. (O. P. A. Z.)

✱ [Enthüllungen aus und über die Schweiz.] Im „Morning Chronicle“ finden wir folgende „unzweifelhafte“ Enthüllungen aus und über die Schweiz: „Oesterreich steckt hinter der ganzen Geschichte, und die ganze Schwere der Sachlage muß dieser Macht zugeschrieben werden, welche die Initiative in der Flüchtlingsfrage ergriffen hat. Nach dem Staatsstreich des 2. Dezember verlangte die österreichische Regierung im Uebereinstimmung mit Baiern und Baden von dem französischen Gouvernement dessen Einwilligung zu einer militärischen Besetzung der Schweiz als das einzige Mittel, wie es hieß, das revolutionäre Lager, welches die Ruhe ihrer Staaten bedrohe, zu zerstören. Preußen, das aufgefordert worden war, sich diesem Begehren anzuschließen, weigerte sich entschieden, seine Stimme abzugeben. Ohne die Rechtmäßigkeit eines solchen Schrittes zu erörtern, antwortete das französische Gouvernement, es wolle erst versöhnliche Maßregeln versuchen, zu diesem Zwecke ein Ultimatum an die Schweiz richten, und falls dies nichts nütze, gegen die militärische Okkupation nichts weiter einwenden. Dies Ultimatum begehrte die Austreibung gewisser Flüchtlinge und wurde in aller Form eingereicht. Da die Schweiz diesem nicht nachkam, so folgt daraus, daß, sobald diese Weigerung der französischen Regierung offiziell notifizirt wird, in jedem Augenblicke Komplikationen entstehen können, die, wie Hr. Turgot sich ausdrückte, zur Vorrückung einer österreichischen Armee nach dem Kanton von Tessin Veranlassung geben können . . . . . Ob Frankreich mit den letztergriffenen Maßregeln der Schweizer-Regierung sich zufrieden geben, und sein Ultimatum zurücknehmen wird, muß sich erst herausstellen. Mittlerweile ist der Bundesrath in großer Verlegenheit. Herr Druey ist krank, und überdies steht zu befürchten, daß, wenn es einmal bekannt wird, wie die Sache steht, ein Ausbruch der öffentlichen Meinung erfolgen dürfte, wodurch die Schwierigkeit der Situation noch vermehrt würde. Der englische Geschäftsträger hat große Vorsicht anempfohlen, und den Gesandten von Frankreich und Oesterreich offiziös remonstrirt; aber der Erste erwiederte, das sei eine Frage, die in Paris entschieden werden müsse, und der Letztere antwortete ausweichend, Oesterreich wolle sich an die Verträge von 1815 halten. Die englische Regierung hat ihren Gesandten beim Bundesrathe, Hr. Magenis, beordert, sofort auf seinen Posten zurückzukehren. Daraus schließt man, daß England bemüht sein wird, einer Krisis vorzubeugen. Bei einer Zusammenkunft zwischen Hr. Turgot und Hr. Barnam (Geschäftsträger der Schweiz) in Paris, sagte Ersterer: „Ich habe Ihnen die Gefahren, von denen die Schweiz bedroht ist, auseinandergesetzt. Sie werden täglich dringender. Bisher habe ich Manches übersehen, aber da die Schweiz in Nichts nachgiebt und meine Note vom 24. Januar nicht beantwortet, so sage ich Ihnen offen, daß ich den Dingen ihren Lauf lassen werde (que je laisserai faire), und thun Sie dann, was Sie können; die Schuld falle auf Ihre Regierung.“ Darauf erwiederte Hr. Barnam, es sei ein großer Unterschied zwischen einem motivirten Begehren und dem peremptorischen Befehle eines fremden Staa-

tes, und daß man von der Schweiz nicht fordern könne, ihre Unabhängigkeit aufzugeben. „Ganz gut," sagte darauf Herr Turgot, „Sie wollen diplomatisiren. Ich aber sage Ihnen offen, daß ich der Schweiz eine Warnung zukommen ließ, und eine kategorische Antwort haben muß. Das ist des Präsidenten Meinung. Frankreich fürchtet Nichts, und wenn Oesterreich eine Armee gegen Tessin vorschiebt, wird Genf sofort von französischen Truppen besetzt." — So stehen gegenwärtig die Sachen, und man kann wohl nicht länger sagen, daß die Beziehungen der Schweiz zu Frankreich freundlicher Natur sind.

Großbritannien.

⁂ **London,** 25. Febr. [Das Tory-Ministerium.] Die Regierung Derby, sagt der Standard, ist nicht verpflichtet, die Protektion wieder herzustellen, wenn das Volk sie nicht verlangt. Aber das Volk wird sie verlangen, sobald das Ministerium die Lügen der Freihandelspolitik aufgedeckt hat, und dann mag die Korn-Liga „bellen, bis sie platzt", wie das aristokratische Blatt sich ausdrückt.

Wahrscheinlich um auch Kraft gegen Außen zu zeigen, bringt das Abendblatt des Kabinets Derby einen sehr groben Artikel, in der Flüchtlingsfrage, gegen Oesterreich in Bezug auf die letzte Note des Fürsten Schwarzenberg. Es sei eine Ehre, nicht in Oesterreich eingelassen zu werden. „Lernen können wir dort Nichts, ein Besuch in Oesterreich ist nur eine Huldigung, deren Oesterreichs Herrscher nicht würdig sind."

⁂ **London,** 26. Februar. [Das neue Kabinet. — Meetings.] Der „Standard" ergeht sich noch immer in Parallelen zwischen den Mitgliedern des neuen und des abgetretenen Kabinets, natürlich nicht zu Gunsten der Whigs, die er ohne Witz und ohne Argumente, sondern einfach durch wohlfeile Schimpfworte und Anklagen, deren Begründung ihm schwer fallen dürfte, zu vernichten beflissen ist. Jeden Freihändler nennt der Standard einen Demagogen, die Korn-Liga eine Verschwörung und den Mitgliedern des Kabinets Russell sagt er nach, sie hätten Depeschen unterdrückt und offizielle Ausweise verfälscht.

Uebrigens läßt er auch die Katze aus dem Sacke gucken. Die Maßregeln, für welche Lord Derby die Nation günstig gestimmt glaubt und mit denen er daher zuerst hervortreten wird, sind: Befestigung Englands und Abschaffung der Maynooth-Subsidien. Wenn man England unangreifbar mache, sagt das Toryblatt, so könne es den ganzen Kontinent in Flammen sehen und neutral bleiben. Die blutigen Kriege am Anfange dieses Jahrhunderts waren nur nöthig, um den Feind von der englischen Küste abzulenken. (?) Was Maynooth betrifft, so habe das Kabinet keine Verpflichtungen gegen Rom; 1845 vielmehr habe Rom Wohlthaten empfangen und mit Undank vergolten. Das Kabinet werde demnach Rom als offenen Feind behandeln.

Der katholische Erzbischof Murray in Dublin ist vom Schlage gerührt worden.

In Kennington (London) hielten gestern die Reformfreunde aus Lambeth ein zahlreiches Meeting und beschlossen, den hartnäckigsten Widerstand gegen etwaige Versuche, eine „Brotsteuer" wieder einzuführen und die unermüdlichste Agitation zu Gunsten der Parlamentsreform zu organisiren. Von den Tories wurde mit Allarm gesprochen. Der Vorsitzer, Mr. Wilkinson, meinte übrigens, das Volk sei selber Schuld, wenn es keine Wahl als Tories oder Whigs habe. Das englische Volk sei etwas gar zu vernarrt in seinen Adel. Er glaube, wenn die Königin Cobden zum Finanzminister und Bright zum ersten Lord der Admiralität gemacht hätte, so wäre die Nation in Ohnmacht gefallen. (Gelächter!)

In St. Martins Hall hielt gestern der „Verein für Abschaffung der Steuern auf das Wissen" (taxes upon Knowledge, Papier-, Zeitungs- und Annoncensteuer) sein jährliches Meeting. Die gefaßten Resolutionen liefen darauf hinaus, daß die erwähnten Steuern keine fiskalischen Maßregeln seien, da sie eine zu unbedeutende Summe tragen, sondern als rein reaktionäre Mittel zur Beschränkung der Preßfreiheit und Volksaufklärung betrachtet und verdammt werden müssen. In diesem Sinne sprach Cobden mit gewohnter Energie und Klarheit. Er hoffte, kommendes Jahr die Versammlung im Drurylane-Theater — dem geräumigsten Versammlungslokale Londons — zu sehen und daher zu ihrem baldigen Triumphe beglückwünschen zu dürfen. Douglas Jerrold, der geniale Humorist, hatte dem Vorsitzer, Mr. M. Gibson, M. P. eine geistvolle Epistel über das Thema der Verhandlung übersandt, die verlesen wurde. D. Jerrold vergleicht die taxes on Knowledge mit einer Besteuerung des Krücken- oder Brillentragens und spricht mit großen Erwartungen vom neuen Schatzkanzler, Disraeli, der ja selbst ein „Ritter von der Feder" sei.

Das dritte londoner Meeting am gestrigen Abend ward in der London Tavern gehalten und hatte eine Petition ans Parlament gegen die angedrohte Miliz-Bill zum Zwecke. Mr. Bright hatte sich entschuldigen lassen, da er in Manchester gegen die Brotsteuer zu agitiren habe. Die meisten Redner sprachen quäkerlich bis zur Abgeschmacktheit.

Amerika.

= **New-York,** 9. Febr. [Kossuth] wurde vorgestern der Legislatur von Ohio vorgestellt und offiziell vom Vice-Gouverneur Medill bewillkommt. In einer kurzen, aber aufregenden Rede verglich er die amerikanische Nation mit einem neuen Moses auf einem neuen Berg Sinai, der mit Donnerstimme die Gebote des Völkerrechts der Welt verkündet: Ihr sollt keine Nationen umbringen ꝛc. Er bemerkte auch, daß er und der Staat Ohio denselben Geburtstag hätten. Am Abend bildete sich ein ungarischer Verein, welchem Gouverneur Woods präsidirte, der sich unbedingt für Kossuths Interventionstheorie aussprach. Nachdem der magyarische Agitator eine seiner Zweistunden-Reden gehalten hatte, schlug ein angesehener Richter eine Resolution im Sinne Kossuths vor, welche einstimmig und mit dem brausendsten Enthusiasmus angenommen wurde. Man tadelt es übrigens sehr, daß Kossuth seine ersten 50,000 Dollars auf den Ankauf von Musketen verwendete, während seine Landsleute in den Straßen um Brod betteln. Seine enthusiastischen Freunde beginnen zu fürchten, daß er ein zweiter O'Connell werden wird — ein pompöser Agitator und weiter Nichts.

Mittwoch, 11. Febr. Gestern hielt General Caß im Senat eine seiner graßartigsten Reden über Intervention und Nichtintervention. Er durchflog das ganze Gebiet des internationalen Rechts und suchte zu beweisen, daß Amerika, wenn auch nicht im Stande, die Nichtintervention in Europa mit Waffengewalt durchzusetzen, verpflichtet sei, in der feierlichsten Weise gegen die Attentate auf die Freiheit einzelner Nationen zu protestiren, und daß es eine russ. Einmischung in einer allenfallsigen zweiten Ausgabe der ungarischen Revolution nicht ohne tiefe Entrüstung mit ansehen könnte. Die Rede machte großen Eindruck, und man glaubt, daß starke Resolutionen über diesen Gegenstand im Senate durchgehen werden.

Chevalier Hülsemann befand sich noch immer in Havannah.

Die Mäßigkeits-Bewegung, welcher Pater Mathew hier den ersten Anstoß gab, wird gelegentlich mit dem unmäßigsten und unsinnigsten Fanatismus betrieben. Im Senat von New-York brachte Mr. Munroe eine Bill ein, welche den Verkauf von berauschenden Getränken in kleineren Quantitäten als 30 Gallons, außer zu medizin. Zwecken, bei schwerer Geldbuße oder Haft verbietet. Massachusetts und Maine haben bereits sehr strenge Gesetze derselben Tendenz erlassen. Man weiß aber sehr wohl aus Erfahrung, daß dergleichen unnatürliche Edikte nicht beobachtet, sondern entweder öffentlich gebrochen, oder umgangen werden; die besten Freunde der öffentlichen Ordnung sind gegen diese Agitation, deren Führer Demagogen sind, und deren Zweck kein anderer ist, als ein neues Mittel zum Stimmenwerben zu schaffen, und in die Präsidenten-Wahl-Bewegung einen neuen Gährungsstoff zu werfen. General Houston, der Präsidentur-Kandidat der „Teatotallers", gehörte Jahre lang zu den ausgemachten Säufern, hat sich aber später der Wasserkur unterzogen und predigt jetzt die allein seligmachende Zauberkraft des Thees.

[1129] Fremdenliste von Zettlitz Hôtel.

Lieutenant v. Kerssenbrock aus Berlin. Eigenthümer Serie aus Petersburg. Kaufm. Schäfer aus Mainz. Kaufm. Bognard aus Warschau. Graf von Schlabrendorf aus Glogau. Frau Partikulier Desmorquet aus Paris kommend. Frau Dziekanska aus Paris kommend. Frau Bezien aus Paris kommend. Dr. med. Marterns a. Berlin. Major Hahn aus Baumgarten.

Börsenberichte.

Berlin, 28. Febr. Die Course konnten heute durch vielfache Verkäufe, welche theils in Folge von Gewinn-Realisirungen, theils der Liquidation wegen ausgeführt wurden, sich nicht auf ihrem höchsten Stande behaupten, blieben jedoch am Schlusse der Börse fest und eher wieder etwas besser.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½ % 108 à 107⅝ bez., Prior. 4½ % 103¼ Gl. 5 % 104⅛ bez. Krak.-Oberschl. 82¾ à ⅞ bez., 4 % — — Fr.-Wilh.-Nordb. 4 % 37⅞ à ½ bez., Prior. 5 % 100 bez. Niederschl.-Märk. 3½ % 94¾ bez. u. Br., Prior. 4 % 99¼ bez. u. Br., Prior. 4½ % 101½ bez., 5 % Serie III. Prior. 101¼ bez. u. Gl., Prior. Serie IV. 5 % 103 bez u. Br. Niederschl.-Märk. Zweigb. 4 % 30 Gl. Oberschl. Litt. A. 3½ % 136½ à 136 bez u. Gl., Litt. B. 3½ % 121½ Br., Prior. 4 % — — Rheinische 68¼ à 67⅝ bez. u. Gl. Stargard-Pos. 86¾ Br. ½ Gl. Geld- u. Fonds-Course. Freiw. St.-Anleihe 5 % 102¼ bez. St.-Anleihe 1850 4½ % 102 Br., dto. von 1852 101⅜ bez. u. Br. St.-Schuld.-Sch. 3½ % 89½ bez. Seehandl.-Präm.-Sch. 122¼ Gl. Preuß. Bank-Antheil-Sch. 99¾ à 99½ bez. Pos. Pfdbr. 4 % 103½ Gl., 3½ % 95 bez. Poln. Pfdbr. 4 % 96½ Br. Poln. Part.-Obligat. à 500 Fl. 4 % 85⅝ bez., à 300 Fl. 151 Gl.

Wien, 28. Februar. Bei sehr unbelebtem Verkehr waren Fonds und Aktien sehr fest, aber kaum verändert. Nordbahnaktien von 152⅝ bis 152¼ gemacht. Wechsel waren zur ¼ % niedrigeren Notiz flau, Gold fiel um ⅜ %, lombardische Anlehen beliebter.

5 % Metall. 94⅞, 4½ % 84¾; Nordb. 152¼; Hamburg 2 Monat 183½, London 3 Monat 12. 24; Silber 23¾.

Redakteur und Verleger: H. Barth in Breslau. Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.